



Der Notstand in der Pflege nimmt immer mehr zu. Das treibt die Bürger laut dem neuesten BaWü-Check immens um. 63 Prozent wünschen sich von der Politik, dass sie für ausreichend Pflegepersonal sorgen soll. Foto: Tom Weller/dpa

Rat ringt um Zuschlagskriterien

Versorgung Rechtsanwälte erläutern Vergabeunterlagen für Ambulantes Medizinisches Dienstleistungszentrum.

Riedlingen. Des engen Zeitplans wegen in Sachen Ambulantes Medizinisches Dienstleistungszentrum (AMD) ist der Riedlinger Gemeinderat am Montag noch während der Ferienzeit zu einer „außerordentlichen Sitzung“ zusammengekommen. Ein Beschluss stand nicht auf der Tagesordnung. Es darum, mit welchen Vorgaben die Vergabeunterlagen für Interessenten ausgestattet werden. Drei Rechtsanwälte saßen mit am Tisch: Dr. Tina Bergmann, die mit dem Vergaberecht den größten Part in der Sitzung hatte, Dr. Kathrin Wolf als Fachanwältin für Medizinrecht und Dr. Stefan Meßmer. Er wertete die Gemeindeordnung aus – inklusive mehrerer Kommentare – und bestätigte die Voraussetzungen für eine Markterkundung, wie die Stadt sie anstrebt: Kommunales Engagement habe zu unterbleiben, wenn es private Anbieter gebe, die dieses Tätigkeitsfeld übernehmen könnten. Sollte es keine entsprechende Resonanz auf die Ausschreibung geben, könnte eine Eigenrealisierung des AMD-Gebäudes „näher in den Blick genommen werden“. An der Ausarbeitung der Unterlagen war zudem Tamara Dietze vom Bundesverband für ambulantes Operieren beteiligt.

Kathrin Wolf zum Hintergrund der Bemühungen: Nach der Schließung des Riedlinger Krankenhauses sollen zur medizinischen Versorgung der Raumschaft zwei ambulante Operationsräume mit allen erforderlichen Nebenräumen gebaut und vorrangig sowie „diskriminierungsfrei“ allen Grundversorgungsoperatoren mit Sitz in Riedlingen und der Raumschaft zur Verfügung stehen – Fachrichtungen Unfallchirurgie, Orthopädie, Gynäkologie, Hals-Nasen-Ohren, Urologie, Kinderchirurgie, Augenheilkunde und Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie. Sollten die örtlichen Ärzte sie nicht vollständig benötigen, könnten sie auch von anderen genutzt werden.

Im Vergabeverfahren wird primär ein Investor gesucht, der auf dem städtischen Grundstück auf der Klinge in unmittelbarer Nähe zum privat finanzierten Ärzte- und Therapiezentrum, das gerade entsteht, baut. Doch es soll auch die Möglichkeit geboten sein, andernorts tätig zu werden. Voraussetzung: Der Bewerber ist im Besitz des entsprechenden Grundstücks oder hat einen kurzfristigen Zugriff darauf. Einbezogen wurde auch die Vorstellung, die bisherigen Operationssäle des Landkreises Biberach diesem abzukufen und in neuer Trägerschaft zu nutzen.

Diskussionen gab es um die Vorgabe einer Bindung auf zehn Jahre bei der Betriebsverpflichtung, wobei längere Zusagen möglich seien, so Bergmann. Sie stellte neben dem Investorenmodell – das Gebäude bleibt im Besitz des Bewerbers, der „allenfalls“ einen jährlichen Zuschuss

von der Stadt erhält – das Erwerbermodell vor. Die Kommune kauft dann die ambulanten Operationssäle samt Nebenräumen. Bedingung: Mieter und Betreiber müssen für zehn Jahre gesichert sein. Die Anwältin sieht darin ein höheres wirtschaftliches Risiko für die Stadt, weshalb sie das Investorenmodell positiver bewertet. Auf Kritik aus dem Rat hin betonte sie, dabei werde allein die wirtschaftliche Rolle bewertet.

Die Zuschusshöhe wird mit maximal 60 Punkten bewertet. Sie wird jenem Bewerber zuteil, der am wenigsten verlangt. Wobei sich bei dessen Berechnung gegenüber der Vorlage in der Diskussion noch Änderungsbedarf ergeben hat. Zusagen von Grundversorgungsoperatoren mit Sitz in Riedlingen und der Raumschaft können bis zu 20 Punkte erreichen. Zehn Punkte kann man anhand der Referenz der Person erhalten, die den Betrieb der Operationssäle leiten soll. Für das Investorenmodell gibt es zehn Punkte extra.

Die Stadt hofft auf einen Zuschuss des Landkreises, doch bremst Bürgermeister Schaff die Erwartungshaltung von Gemeinderat Manfred Schlegel (Mut tut gut!) nach dem Landratswechsel. Entscheiden werde der Kreistag. Er hatte sich bei dem ursprünglich angedachten Engagement der Stadt als Bauherrin für einen Zuschuss ausgesprochen. Ob der auch im jetzt angestrebten Verfahren gewährt wird, muss noch abgeklärt werden. Niedergeschrieben ist in den Unterlagen die Einhaltung aller gesetzlichen und behördlichen Auflagen.

„Sportlich“ sei der Zeitplan mit Fertigstellung der beiden OPs bis spätestens 31. Dezember 2024, dem bisher genannten Ende der Nutzung der OP-Säle im ehemaligen Krankenhaus. Ausgeschrieben wird europaweit. In einer ersten Stufe gibt es einen Teilnahmewettbewerb. Unter den Interessenten werden in einer weiteren Stufe die Bieter ausgewählt, die zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden. Am 11. und 12. Januar 2023 sollen Verhandlungsgespräche geführt werden. Der 27. Februar wird als Datum der Vergabeentscheidung genannt.

Unterschiedlich waren die Meinungen im Rat darüber, ob jene Bewerber, die nicht zum Zug kommen, eine Entschädigung von 3000 oder gar 5000 Euro erhalten sollen. Ein Beschluss darüber soll ebenfalls am 19. September gefällt werden. Bis dahin wird den Räten Gelegenheit zu weiteren Fragen und Anregungen an die Verwaltung eingeräumt, die möglicherweise Aufnahme in die Vergabeunterlagen finden.

Wie bedeutsam die Leistungsbeschreibung ist, wurde bei der Aussage von Dr. Bergmann deutlich, dass der Rat bei der Vergabe an die Zuschlagskriterien gebunden sei. Sie seien existenziell wichtig. *Waltraud Wolf*

An der Belastungsgrenze

BaWü-Check Die Corona-Pandemie hat die Personalnot in der Pflege verschlimmert. Immer mehr Arbeitskräfte kehren ihrem Beruf den Rücken. Was ist zu tun? *Von Anja Weiß*

Aplaus und Anerkennung: Das haben Pflegekräfte in Deutschland in Zeiten der Pandemie zuhauf erfahren. Menschen dankten ihnen mit „Standing ovations“ an den Fenstern, Politiker lobten sie, aber gegen die Arbeitsbelastung und oft schlechte Bezahlung tat sich fast nichts. Dabei mangelt es an Arbeitskräften in der Pflege seit Jahren. Angesichts des demografischen Wandels werden sie immer nötiger. Kein Wunder, dass auf Platz zwei der politischen Prioritäten der Bevölkerung im aktuellen BaWü-Check steht: „Für ausreichend Pflegekräfte sorgen.“ Aber wie?

„Wir sind an der Belastungsgrenze“, berichtet Steffen Maier, der in Dettingen mit seiner Schwester Sandra die „Pflege mit Herz“ führt. In dem Pflegedienst arbeiten 16 Mitarbeiter, die Inhaber inklusive. Noch kommen sie über die Runden, aber neue Kunden können sie so gut wie nicht mehr annehmen. Die Warteliste für hauswirtschaftliche Hilfe sei lang, und auch für die Pflege könnte er quasi täglich noch eine komplette Tour planen, wenn er die dafür notwendigen Arbeitskräfte hätte. Die zu finden, ist so gut wie unmöglich: „Wir haben alles probiert“, berichtet Maier: Anzeigen geschaltet, auf dem Arbeitsamt nachgefragt – doch der Markt ist leergefegt, vor allem was gelernte Fachkräfte angeht. „Es tut mir vor allem wahnsinnig leid für die Menschen, die unsere Hilfe bräuchten“, sagt er.

In stationären Einrichtungen ist die Lage nicht besser, oft müssen Pflegebedürftige Wochen oder gar Monate warten, um einen Platz zu bekommen. Denn die Arbeit in der Pflege ist alles andere als einfach, oder, wie Maier berichtet, „es kommt einiges zu-

sammen“. Zum einen die Arbeitszeiten, die von frühmorgens bis spätabends reichen, und das an sieben Tagen die Woche. Feiertage gibt es in der Pflege nicht. Oft sei die Arbeit körperlich schwer oder herausfordernd, „dafür muss man schon ein wenig geboren sein“, räumt Maier ein. Zudem müsse man sich einiges anhören, und die Bezahlung ist nicht überall ausreichend.

Lohn nach Tarif

„Pflege mit Herz“ bezahlt seit jeher einen Lohn, der an den Tarif angelehnt ist oder darüber hinausgeht, darum ist dort nicht die massive Fluktuation zu beklagen wie anderswo. Diese Regelung wurde nun für alle privaten Pflegedienste eingeführt: „Das könnte die Lage ein wenig verbessern“, sagt Steffen Maier. Allerdings auf

Kosten der Patienten: Denn viele müssen die Mehrausgaben an die Kunden weitergeben, ist er sich sicher. Solange die Krankenkassen die Leistungen in der Pflege nicht erhöhen oder die Politik etwas drauflegt, müssten die Pflegedienste steigende Kosten aus eigener Tasche bezahlen. So bleibt ihnen nichts übrig, als es den Patienten in Rechnung zu stellen, wenn sie denn bestehen wollen. Sein dringlicher Appell lautet darum: „Die Gelder für die Pflege und die Pflegegrade gehören angehoben.“ Nur so könnten die Pflegedienste es sich leisten, dem Personal mehr zu bezahlen.

Denn wenn ein Pflegedienst minutengenau abrechnen muss, wundert es nicht, dass viele Mitarbeiter ausgebrannt und schnell am Ende ihrer Kräfte sind. Ein weiterer Grund übrigens, der zu

Kündigungen geführt hat, ist die einrichtungsbezogene Impfpflicht, dies kann Maier bestätigen. Er kenne einige Pflegekräfte, die sich nicht zu einer Impfung zwingen lassen wollten, um ihren Beruf weiter auszuüben, auch wenn dieser Kelch an ihm vorbeiging. Vor allem, weil die allgemeine Impfpflicht nie kam, empfanden viele die für das Pflegepersonal als ungerecht.

Wie aber schaut Steffen Maier in die Zukunft? Die Stimmung in seinem Betrieb sei noch relativ gut, sagt er, aber dazwischen kommen darf auch bei ihm nicht viel. „Ausfälle wären kaum zu kompensieren“. Von daher hofft er auf weitere Ideen und Vorhaben, um die Lage zu verbessern. Denn das, was bisher geschah, wird nicht ausreichen, um eine Trendwende herbeizuführen.

Die politischen Prioritäten der Bevölkerung

Frage: "Hier sind verschiedene politische Ziele aufgeschrieben. Welche dieser Ziele halten Sie für die Politik hier in Baden-Württemberg für besonders wichtig?"



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6164/V

© IFD-Allensbacher

Münsterchor bereitet zur Einsetzung des Pfarrers Besonderes vor

Zwiefalten. Zur Investitur von Pfarrer Sigmund Schänzle erwartet die Gottesdienstbesucher im Zwiefalter Münster am Sonntag, 11. September, 15 Uhr, eine besondere musikalische Darbietung: Der durch etliche Sängerinnen und Sänger der Seelsorgeeinheit Zwiefalter Alb sowie dem Evangelischen Kirchenchor verstärkte Münsterchor führt unter der Leitung von Kirchenmusiker Volker Schneider aus Gammertingen die „Messe brève no. 7“ in C von Charles Gounod und das „Salve Regina“ von Michael Haydn auf. An der Orgel begleitet Hubertus Ilg die Sängerschlar.



Gemütliches Beisammensein von Sängern und dem Chorleiter des Münsterchors nach einer Chorprobe.

Maisfeldtag in Sonderbuch

Zwiefalten/Münsingen. Das Kreislandwirtschaftsamt Münsingen und die Sägemeinschaft Sonderbuch laden zu einem Maisfeldtag am kommenden Freitag, 9. September, nach Zwiefalten-Sonderbuch ein. Beginnen soll diese Veranstaltung um 14 Uhr.

Vorgestellt werden dabei die Ertrags- und Energieergebnisse des Grenzlagenversuchs Silomais. Zusätzlich wird der Herbizidversuch, der unter anderem den Einsatz von Hacke und Striegel beinhaltet, mit Erfahrungen und Ergebnissen der vergangenen Jahre vorgestellt. Des Weiteren können verschiedene Sorten un-

terschiedlicher Züchterhäuser begutachtet werden. Vor Ort können Landwirtinnen und Landwirte gern bei ihren eigenen mitgebrachten Maispflanzen den Trockensubstanzgehalt schätzen lassen, um somit den Ertrag und Energiegehalt abschätzen zu können.

Das Versuchsfeld liege 500 Meter nördlich von Sonderbuch in der Nähe des Travertinsteinbruchs, teilt das Landratsamt mit. Die Anfahrts-Ausschilderung beginne am Ortsende Hayingen in Richtung Zwiefalten (GPS-Koordinaten: 48°15'31.1"N 9°29'01.4"E 48.258644, 9.483727).